

Rudolf Schwarzböck
Präsident des Europäischen Bauernverbandes COPA
Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Jahresversammlung
Schweizerischer Bauernverband

Referat:
Europas Bauern – fest entschlossen, die Herausforderung anzunehmen

Bern, Donnerstag, 30. November 2006

Begrüßung

GAP erfolgreich

In der EU beginnt in wenigen Wochen die neue Finanzperiode, die bis 2013 dauert. In den letzten Jahren waren die Bauern in der Union gewaltig gefordert. Sie hatten nicht nur eine grundlegende Reform nach der anderen zu verkraften, sie mussten gleichzeitig mit den Herausforderungen einer EU-Erweiterung um zehn Länder fertig werden. Zwei weitere, Rumänien und Bulgarien stehen unmittelbar vor der EU-Haustür und mit Kroatien und der Türkei laufen Verhandlungen. Da ist es mehr als verständlich, dass sich Europas Bauern nach all diesen Umbrüchen und Veränderungen der Spielregeln nichts sehnlicher erwarten, als eine Phase der Kontinuität, der Verlässlichkeit und der Berechenbarkeit von agrarpolitischen Rahmenbedingungen. Sie wollen sich jedoch nicht ausruhen, sondern ohne ständige Veränderung der Regelwerke ihre Arbeit tun. Dass sie das können, haben sie in den vergangenen Jahren bestens bewiesen.

Die EU-Landwirtschaft muss nämlich ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen. Sie hat in den vergangenen Jahrzehnten mehr als alle anderen Wirtschaftsbereiche zur Stabilisierung der Finanzhaushalte in den einzelnen Mitgliedstaaten beigetragen. Ein paar Zahlen beweisen das:

- Vergleicht man den Anteil des EU-Agrarbudgets am Gesamtbudget zwischen 1993 und 2013, so wird man eine Halbierung feststellen können.
- Im gleichen Zeitraum sind nicht nur die institutionellen, sondern auch die realen Preise für Agrarprodukte spürbar gesunken. Das hat die Inflation spürbar gedämpft und die Lebensmittelindustrie dabei unterstützt, Arbeitsplätze zu sichern und auch auf Drittmärkten erfolgreich zu sein.
- Darüber hinaus hat die EU ohne reale Budgetaufstockung eine Erweiterung von 15 auf 25 bzw. 27 Mitgliedsländer gemeistert.

Der Vergleich mit anderen Sektoren der Volkswirtschaft macht deutlich, wie erfolgreich die Gemeinsame Agrarpolitik in Wirklichkeit ist. Sie sichert die Ernährung eines ganzen Kontinents, schafft die Grundlagen für einen lebendigen Tourismus, sichert ländliche Räume und bewahrt gesunde Lebensgrundlagen, wie Boden oder Wasser. Und sie kostet, allen Unkenrufen zum Trotz, den Bürgern deutlich weniger, als ihnen die Medien immer wieder vorgaukeln wollen.

- Allein für Forschung und Entwicklung wird in Europa vier Mal so viel ausgegeben, wie für die Landwirtschaft. Aber nur fünf Prozent dieser Gelder werden auf EU-Ebene vergeben. Der Rest liegt in der Hoheit der Mitgliedsländer, wobei es immer wieder zu Doppelgleisigkeiten kommt. Experten haben errechnet, dass die Summe dieser doppelten und mehrfachen Ausgaben für ein und dieselbe Sache die Höhe des EU-Agrarbudgets erreicht.
- Aber es gibt nicht nur Doppel-Finanzierungen, es gibt auch versteckte Förderungen, die niemand sieht oder niemand sehen will. So profitiert die Flugindustrie gewaltig von der Steuerbefreiung. Am Beispiel meiner Heimat Österreich sieht man, wie umfangreich der Entfall an Steuergeldern ist, weil für Flugbenzin keine Mineralölsteuer und für Tickets keine Umsatzsteuer entrichtet werden müssen. Die Differenz ist in Österreich genauso groß wie die gesamten Kosten für die Agrarpolitik.

Das europäische Agrarmodell

Basis dieses Erfolgs ist das Europäische Agrarmodell, das die Staats- und Regierungschefs im Jahre 1997 beschlossen haben. Es stellt den bäuerlichen Familienbetrieb in den Mittelpunkt seiner Überlegungen und baut auf dem Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit auf. Auch die EU-Agrarminister signalisierten erneut eine breite Unterstützung für den Fortbestand und für die Verteidigung unseres Agrarmodells. Und das aus gutem Grunde. Denn eine leistungsfähige und nachhaltige europäische Landwirtschaft liegt im Interesse der ganzen europäischen Gesellschaft. Die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln höchster Qualität ist eine Erfolgsstory. Die Merkmale der europäischen Landwirtschaft sind hohe Produktivität, hohe Effizienz und höchste Qualität. Und all dies wird von einer bunten Vielfalt an Betrieben verschiedenster Ausprägung gewährleistet bei einem höchsten Grad an Nachhaltigkeit.

Die Landwirtschaft ist die wirtschaftliche Basis für die gesamte Agrar- und Ernährungswirtschaft. Gemeinsam mit den vor- und nachgelagerten Bereichen bietet die Landwirtschaft in Europa ca. 34 Mio. Beschäftigten Arbeit. Der Agrar- und Ernährungsbereich trägt dreimal mehr zum BIP bei als der gesamte Fahrzeugbau in Europa.

Die Landwirtschaft bildet auch die wirtschaftliche Grundlage in den ländlichen Räumen in Europa, die fast 90 % der Fläche ausmachen. Ohne eine starke Landwirtschaft wird es auf Dauer keinen lebensfähigen ländlichen Raum geben und ohne Landwirtschaft kann es auch die von der Gesellschaft geforderte Natur nicht mehr geben. Auch für die Arbeitsplätze ist eine lebendige Landwirtschaft unerlässlich. In den meisten Mitgliedstaaten der EU liegen weit mehr als 50 % der Arbeitsplätze im Ländlichen Raum. Gehen sie dort verloren, weil die Landwirtschaft als Wirtschaftsmotor ausfällt, setzt eine Landflucht ein, die auf Dauer auch die Städte und Ballungsgebiete gefährdet. Deshalb verlangen wir eine Ausgestaltung der 2. Säule der Agrarpolitik, die die wirtschaftliche Anpassung und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft und Umwelt fördert und sichert. Dazu gehört in erster Linie eine ausreichende finanzielle Dotierung. Nach dem derzeitigen Finanzrahmen für 2007 bis 2013 soll jedoch in Zukunft mit weniger Geld mehr gefördert werden. Das kann nicht funktionieren. Umso wichtiger ist es, dass das Schwergewicht auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit gelegt wird.

Offensive EU-Politik

Wir stehen derzeit vor dem Beginn der EU-Finanzperiode 2007 bis 2013. Gleichzeitig startet auch das neue Programm Ländliche Entwicklung, das auf eine stärkere Betonung der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, also der Politik für den ländlichen Raum Wert legt. Daneben arbeitet die EU an der Novellierung der Wein-Marktordnung und der Marktordnungen für Obst und Gemüse. Schließlich gilt es, den nachwachsenden Rohstoffen wieder vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken.

Die europäische Bauernvertretung COPA bekennt sich am Beginn dieser neuen Periode zu einer effizienten, wettbewerbsstarken, leistungsfähigen und nachhaltigen europäischen Landwirtschaft. Diese unbestrittenen Ziele werden jedoch im agrarpolitischen Alltag nicht immer erreicht.

Lassen Sie mich ein paar Sätze zu den Agrarmärkten sagen: Betrachtet man in diesem Lichte die EU-Marktpolitik kritisch, so fällt auf, dass es ständig Versuche gibt, die Agrarmärkte, beispielsweise für Getreide oder Milch unter Druck zu setzen. Wir erwarten aber von der Europäischen Kommission keine inaktive Defensiv-Politik, sondern ein aktives Marktmanagement. Wir erwarten auch, dass viel mehr getan wird, um den Binnenmarkt bei Vorleistungen, wie Pflanzenschutzmittel, durchzusetzen. Hier ist die EU weit von der Konkurrenzfähigkeit entfernt, weil Bürokratie und Einzelinteressen den Binnenmarkt verhindern und so der Landwirtschaft schaden.

Es gibt auch keinen Grund dafür, dass die Rindfleischproduktion in der EU dramatisch zurückgefahren werden soll. Wenn man jedoch das Angebot aus den WTO-Verhandlungen, die Exportstützungen abzubauen und die Märkte weiter zu öffnen, wahr macht, heißt das letztlich, dass die EU-Rindererzeugung auf 80 Prozent des heutigen Standes sinkt. Das hat Folgen: Die Konsumenten verlangen von Europas Bauern immer höhere Tierschutz- und Hygiene-Standards bei den Erzeugungsmethoden und bei der Verarbeitung von Fleisch, was die europäische Produktion fraglos verteuert.

Zur selben Zeit wird die Einfuhrschwelle für Billig-Rindfleisch aus Übersee, vor allem aus Brasilien, gesenkt. Brasilien aber kennt kein Tierschutzgesetz oder EU-Hygiene-Standards. Die EU-Rückstandskontrolle ist nicht immer so effizient, wie wir und die Verbraucher sich das wünschen würden. So kommt es leider dazu, dass Waren, die mit derartigen Methoden, die bei uns gänzlich undenkbar wären, kostengünstiger erzeugt werden, in Europas Supermärkten EU-Erzeugnissen Konkurrenz machen dürfen.

Auch am Milchmarkt verlangen wir bald mehr Klarheit. Die ständige Diskussion, die sich ausschließlich auf die Abschaffung der Quoten konzentriert, ist zu billig. Wir wollen offensive Konzepte, wie es auf Europas Milchmarkt weiter geht und welche Wege die Milchwirtschaft einschlagen kann und soll, um den europäischen Milchbauern Zukunftshoffnung zu geben.

Marktchance Biomasse

Ebenfalls mehr Offensivgeist erwarte ich mir im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe. Die strategischen Ziele der russischen Gaspolitik und die brennenden Krisenherde in Nahost zeigen, wie lebensnotwendig die EU eine neue Energiepolitik braucht, die die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen verringert. Der Hunger danach ist weltweit rasant gestiegen und steigt unvermindert weiter.

Indien und China verbrauchen Rohstoffe in bisher nie da gewesenem Ausmaß. Im Jahr 2005 war in China allein der Zuwachs bei fossiler Energie größer als der gesamte Verbrauch in Deutschland. Doch die Nachfrage ist noch lange nicht gestillt. Die Wachstumspotenziale Asiens sind nahezu unerschöpflich, jene Afrikas schlummern sogar noch. Wenn sich da Europa nur auf fossile Energie verlässt, werden Wirtschaft und Bürger bald ernste Probleme bekommen.

Daher mein Appell an die EU-Verantwortlichen: Ohne deutliche Forcierung der Alternativ-Energie und der nachwachsenden Rohstoffe ist eine wirtschaftlich erfolgreiche und friedliche Zukunft des Kontinents nicht gesichert. Chancen bieten sich genug, von Biogas über Holz bis hin zu Biodiesel und Ethanol. Die Land- und Forstwirtschaft bietet sich als aktiver Prob-

lemlöser an. Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal Österreich als Beispiel zitieren: Die österreichische Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, in den nächsten Jahren den Anteil der erneuerbaren Energieträger inklusive Wasserkraft auf 45 Prozent zu erhöhen.

Die Branche boomt in Europa und das zeigt, dass die europäischen Landwirte und die gesamte Wirtschaft in der Lage sind, neue Marktchancen zu nutzen. Das sind Einkommenschancen für die europäische Landwirtschaft, das sind aber auch enorme wirtschaftliche Chancen für die Wirtschaft insgesamt. Hier werden zu einem großen Teil Importe durch Produktion im eigenen Land ersetzt. Die europäische Landwirtschaft leistet damit auch einen enormen Beitrag zum Klimaschutz und zur energiepolitischen Sicherung. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Tatsache, dass Landwirtschaft unverzichtbar für die europäische Gesellschaft ist.

Es kommt nun darauf an, dass die Politik in Brüssel wie in den nationalen Hauptstädten die richtigen politischen Rahmenbedingungen setzt und verfestigt. Die Milliardeninvestitionen in und außerhalb der Landwirtschaft müssen abgesichert werden. Das bezieht sich sowohl auf die ordnungspolitischen Maßnahmen wie Beimischungspflicht zu Treibstoffen, als auch auf die steuerpolitischen Maßnahmen und auf die Forschung. Für die Landwirtschaft ist dabei entscheidend, dass sie, wenn sie nicht Endproduzent ist, in fairer Weise an der Wertschöpfung beteiligt wird. Auch Ökostrom bietet einen gangbaren Weg, die Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen rascher zu erreichen. Österreich hat hier einiges erreicht: Bis heute sind mehr als 200 Biomasseanlagen und rund 250 Biogasanlagen genehmigt. Die dadurch entstandene Wertschöpfung beträgt mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr und hat Österreich rund 17.000 Arbeitsplätze gebracht. Dazu kommen klimawirksame CO₂-Einsparungen von 2,25 Millionen Tonnen. Mittlerweile wurde beschlossen, dass bis 2010 der Ökostromanteil 10 Prozent betragen soll. Dafür wird rund eine Milliarde Euro an Fördergeldern bereit gestellt.

Globalisierung meistern

Landwirtschaft ist eine wirtschaftliche Tätigkeit. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet sein, dass sich die unternehmerische Tätigkeit auch lohnt. Aus diesem Grund brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen, die bis 2013, also bis zum Ende der nächsten Budgetperiode Gültigkeit haben. Das ist unsere Forderung an die Europäische Kommission. Die für das Jahr 2008 vereinbarte Zwischenbewertung der EU-Agrarreform, die den Titel ‚Gesundheits-Check‘ trägt, darf sich daher nicht zu einer neuerlichen Reform der Reform auswachsen. Die Bauern sind hier sehr vorsichtig: Schon 2002 hat eine solche Maßnahme mitten in der Finanzperiode zu einer der größten Agrarreformen in der Geschichte der EU geführt.

Es ist höchste Zeit, dass nun die Landwirte in Ruhe und Kontinuität arbeiten können und die Politiker ihre Zusagen einhalten. Es gibt sowohl für die erste wie auch für die zweite Säule der EU-Agrarpolitik konkrete Ergebnisse und Budgetvorgaben und diese sind bis zum Ende der Finanzperiode 2007 bis 2013 auf Punkt und Beistrich einzuhalten. Hier geht es nicht nur um Rechtssicherheit, hier geht es um das Vertrauen in die EU-Politik insgesamt. Man kann nicht, bevor das eigentliche Vorhaben Rechtskraft erlangt hat, schon wieder von Grund auf verändern wollen. Eine solche Politik kann niemand verstehen. Wir verlangen Stabilität und Verlässlichkeit im Sinne einer funktionierenden EU, auf die sich der Bürger verlassen kann.

Will die Landwirtschaft den Herausforderungen der Liberalisierung begegnen und die Globalisierung meistern, braucht sie neben der finanziellen Absicherung funktionierende Märkte in Europa und einen fairen Außenschutz. Um sich in liberaler werdenden Märkten zu behaupten, ist grundsätzlich bei allen Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene zu prüfen, wie diese die Wettbewerbsposition der europäischen Landwirtschaft und die ökonomische und soziale Situation im ländlichen Raum beeinflussen. Ein weiterer Weg, geeignete Antworten auf die Globalisierung zu geben, wäre die Festlegung von weltweit gültigen nachhaltigen Produktionsstandards in den entsprechenden internationalen Gremien. So müssen auch die Nichthandelsaspekte bei den WTO-Verhandlungen stärker Berücksichtigung finden.

Außerdem muss die Kommission bei einer möglichen Fortsetzung der WTO-Verhandlungen die derzeitige EU-Agrarpolitik unbedingt rechtlich absichern. In der Vergangenheit konnte das europäische Landwirtschaftsmodell aufgrund des Bestehens eines Binnenmarkts mit Außenschutz gewahrt werden. Das Funktionieren dieses Modells darf unter keinen Umständen beeinträchtigt werden.

EU-Erweiterung: Auswirkungen

Die Entwicklung der Europäischen Union hat sich im letzten Jahrzehnt rasant beschleunigt:

- In diesem kurzen Zeitraum hat sich die Zahl der Mitgliedstaaten von 12 auf 25 mehr als verdoppelt, zwei Länder stehen unmittelbar vor der Tür und mit zwei weiteren wurden die Beitrittsverhandlungen begonnen.
- In insgesamt zwölf EU-Staaten gibt es heute eine einheitliche Währung, weitere Länder stehen kurz vor der Einführung.
- Insgesamt 13 Länder gehören bis jetzt dem Schengen-Raum an.
- Nur das Projekt der gemeinsamen Verfassung ist ins Stocken geraten und befindet sich im politischen Wartesaal.

Betrachtet man das größte EU-Projekt der letzten Jahre, nämlich die Erweiterung um insgesamt 12 Länder kritisch, so kann man insgesamt von einer Erfolgsgeschichte sprechen, wenn auch nicht alle Teile in Gesellschaft und Wirtschaft gleich stark davon profitiert haben. Wenn man weiß, dass die Erweiterung der EU zum allergrößten Teil aus dem Agrarbudget finanziert worden ist, dann wird klar, dass dieser Schritt auf die „alten“ Länder Auswirkungen haben musste. Dennoch war er politisch richtig und hat auch Chancen für die Landwirtschaft in den EU-15 gebracht.

Denn die Erweiterung öffnete neue Märkte und bot Absatzchancen in großem Ausmaß, die mit Erfolg genutzt worden sind. Gleichzeitig aber erhöhte sich auch der Druck auf unsere Agrarmärkte; ein Druck, dem nicht immer adäquat begegnet werden kann, weil im Gegensatz zum Agrarmarkt der Arbeitsmarkt nach wie vor vom Binnenmarkt meilenweit entfernt ist und so die Kosten für die Arbeitskraft hoch bleiben. Deshalb verlangen wir rasch adäquate Regelungen, die den Dienstleistungs- oder Arbeitsmarkt-Bereich betreffen. Der scharfen Konkurrenz des freien Binnenmarktes im Agrarbereich muss ein offenerer Zugang zu Dienstleistungen und Arbeitskräften aus allen EU-Ländern gegenüberstehen. Und von den Konsumenten erwarten sich die Bauern, dass sie bereit sind, die höheren Standards, die die Bauern auf Wunsch der Gesellschaft einhalten, durch ihr Kaufverhalten auch zu honorieren.

Österreich und die EU

Österreich hat das Jahrzehnt seiner Mitgliedschaft genutzt und die Union auch ein wenig mitgestaltet, wie das Beispiel des Europäischen Modells der Landwirtschaft zeigt, das bekanntlich ganz kräftig aus der Quelle der ökosozialen Agrarpolitik Österreichs gespeist worden ist. Aber auch Österreich selbst wurde in diesem Zeitraum von der EU grundlegend verändert; das betrifft nicht nur den Agrarbereich. Unser Land ist von der Peripherie ins Zentrum Europas gerückt, die stark wachsenden Märkte befinden sich direkt vor Österreichs Haustür. Erst die Mitgliedschaft in der EU hat dieses Tor für neue aktive Formen der Nachbarschaftspolitik aufgemacht. Mit der EU-Erweiterung wurden aus alten Nachbarn neue Partner. Heute, mehr als ein Jahrzehnt später, lässt sich mit Fug und Recht sagen, dass das „Ja“ zum EU-Beitritt richtig war.

Wie alle Wirtschaftsdaten zeigen, hat Österreich vom Beitritt zur Europäischen Union profitiert. Der freie Personen- und Warenverkehr hat den Aktionsradius der österreichischen Wirtschaft erweitert. Diese hat sich in den letzten zehn Jahren unter stärkerem Wettbewerbsdruck modernisiert und internationalisiert. Unternehmen haben die sich stellenden Herausforderungen angenommen und gemeistert.

Diese Erfolgsgeschichte lässt sich auch im Agrar- und Lebensmittelbereich fortsetzen, wie Zahlen und Fakten zeigen: Die agrarische Außenhandelsbilanz ist erstmals in der Geschichte Österreichs positiv. Zuchtvieh, Getreide, Wein, Käse und Äpfel sind nur ein paar jener Produkte, mit denen es Österreich gelang, nach Jahrzehnten mehr Agrarprodukte und Lebensmittel im Ausland zu verkaufen als zu importieren. Gleichzeitig, und auch das ist bemerkenswert, ist es im wesentlichen gelungen, die Marktanteile im Lebensmittelhandel seit 1995 trotz starker ausländischer Konkurrenz zu halten.

Unterstützung durch AMA-Marketing

Einer der Gründe dafür ist konsequentes Marketing der AMA-Marketing-Gesellschaft, das indirekt vor allem die „Heimatverbundenheit“ und den Konsum-Patriotismus der österreichischen Konsumenten unterstützt. Beim Kaufverhalten der österreichischen Konsumenten spielen die Faktoren Natürlichkeit und Naturbelassenheit, Frische, Nähe und Regionalität, saubere und intakte Natur und echter, unverfälschter Genuss vom Land eine enorme Rolle.

WTO-Doha-Runde

Obwohl die Europäische Union alles getan hat, um eine Einigung zu ermöglichen, sind die Verhandlungen vorläufig gescheitert. Und keiner weiß, ob und wann sie wieder aufgenommen werden können, vor allem, wenn man die jüngsten Wahlergebnisse aus den USA vor Augen hat. Die bisherigen Verhandlungen sind aber nicht an der europäischen Agrarpolitik oder am Widerstand der europäischen Bauern gescheitert. Sie sind ganz unbestreitbar gescheitert an der nicht vorhandenen Bereitschaft der USA, ihre Agrarpolitik, die ganz eindeutig in wesentlichen Bereichen handelsverzerrend ist, an die Regeln der WTO anzupassen. Denn das amerikanische Preisstützungssystem, die Exportkredite und die Nahrungsmittelhilfe der Amerikaner sind handelsverzerrend.

Wie Sie wissen, legte die EU ein Angebot nach dem anderen, um die Runde am Laufen zu halten. Der Beinahe-Ausverkauf der europäischen Landwirtschaft hat aber die Amerikaner nicht beeindruckt. Sie bewegten sich keinen Millimeter; mehr noch: sie verlangen bis zum heutigen Tag, dass die EU zur zugesagten Aufgabe der Exportstützungen und zur ebenfalls

angebotenen radikalen Kürzung von Zöllen und Veränderung von Handelskontingenten zu Ungunsten Europas weitere Angebote machen müsse.

Und zudem haben es diese Partner am Verhandlungstisch durch geeintes Auftreten in der Öffentlichkeit sehr lange verstanden, die Europäer als Verhinderer von gerechten Lösungen für die Entwicklungsländer hinzustellen. Dabei gibt es keinen Wirtschaftsraum weltweit, der für diese ärmsten Länder der Welt mehr tut, als die EU. Einige Beispiele mögen das veranschaulichen:

- Die EU ist der weltgrößte Importeur agrarischer Güter.
- Es kommen mehr Agrarwaren aus den Entwicklungsländern nach Europa als in die großen Industrienationen USA, Kanada, Australien, Japan etc. zusammen.
- 85 Prozent der Agrarexporte Afrikas gehen in die EU.
- Die EU importiert mehr Agrar-Waren aus Südamerika als die USA.
- Mit dem Abkommen „Alles außer Waffen“ öffnet die EU für die ärmsten Länder der Welt ihre Grenzen ohne Zollschränken; ein auch nur annähernd vergleichbares Angebot der übrigen großen Handelspartner sucht man vergeblich.

Wir hoffen nun, dass die Verhandlungspause auch von der Kommission genutzt wird, um ihre bisherige Taktik bei den Verhandlungen zu überdenken. Denn diese war weder im Interesse der Entwicklungsländer noch in dem der EU-Landwirtschaft. Selbst die Industrievertreter in Europa haben sich zunehmend gefragt, wie man immer weitere Angebote im Agrarbereich machen kann, ohne auch nur die geringsten Gegenleistungen in den anderen Bereichen des Verhandlungspaketes zu bekommen. Heute wissen alle, dass dies ein großer Irrtum war, denn die Amerikaner haben kaum jemals daran gedacht, ihre Agrarpolitik zu ändern.

Das heißt aber nicht, dass die EU gegen eine gerechte und faire WTO-Vereinbarung ist. Die europäischen Bauern wollen einen erfolgreichen Abschluss der WTO-Verhandlungen. Seit 1994 in Marrakesch ist der Agrarhandel international eingebunden in die WTO-Regelungen. Eine internationale rechtliche Absicherung der europäischen Agrarpolitik ist daher notwendig und sinnvoll. Bilaterale Handelsabkommen, das hat die Vergangenheit gezeigt, und das zeigen die nun wieder begonnenen Verhandlungen mit den MERCOSUR Staaten, sind keine brauchbare Alternative. Wir verlangen von der Europäischen Kommission, eine Einigung im Rahmen der WTO zu suchen und ein faires und ausgewogenes Ergebnis anzustreben. Ein solches wäre bei Einhaltung des agrarischen Verhandlungsangebotes möglich. Bei einem Ergebnis auf dieser Basis wären alle Gewinner gewesen, insbesondere auch die Entwicklungsländer.

Ausblick

Die Landwirtschaft in Europa aber auch weltweit hat immer wichtiger werdende Zukunftsaufgaben. Sie sichert die Lebensgrundlagen, wie reines Trinkwasser oder saubere Luft, garantiert die Ernährung mit hochqualitativen Lebensmitteln und versorgt Wirtschaft und Bevölkerung mit nachwachsenden Rohstoffen und Öko-Energie.

Das Bevölkerungswachstum geht unvermindert weiter und damit die ständig steigende Nachfrage nach Nahrung, Trinkwasser und Energie. 1965 bevölkerten 3,5 Milliarden Menschen die Erde. Im Jahr 2020 werden es mit sieben Milliarden doppelt so viele sein. Allein in

China wächst die Bevölkerung trotz rigider Ein-Kind-Politik bis zum Jahr 2020 von derzeit 1,25 auf 1,5 Milliarden an. In Indien und Afrika steigt die Kurve noch deutlicher.

Die Landwirte werden daher als Erzeuger von Lebensmitteln, Rohstoffen und Energie und als Bewahrer und Schützer von Lebensgrundlagen in Zukunft genauso unverzichtbar sein, wie in Vergangenheit und Gegenwart. Ernährung, Erholung und Energie waren, sind und bleiben die Kernkompetenz der Bauern. Damit sind wir notwendiger und unverzichtbarer denn je. Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, uns die Rahmenbedingungen zu gewähren, die wir brauchen, um eine leistungsfähige, wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft im Interesse der ganzen Gesellschaft in Europa zu sichern.